

Start mit einem Rausschmiss

Noch bevor es begann, hatte das "Demokratieforum Ortenau" seinen ersten Eklat. Der Veranstalter ließ am Dienstagabend Stadtrat Fritz Düker von der Polizei entfernen. Besucher waren irritiert.



Rund 60 Besucher kamen zum ersten "Demokratieforum Ortenau" im Offenburger Stadtteil- und Familienzentrum, darunter auch Stadtrat Fritz Düker (Mitte). Diesen ließ der Veranstalter von der Polizei aus dem Saal begleiten.

Foto: Volker Gegg

Von Volker Gegg und Simon Allgeier

AUFTAKT DEMOKRATIEFORUM

Offenburg. Ein "offenes Dialogformat zum Thema Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe" hatte Jörg Eichinger angekündigt und für Dienstagabend "alle Interessierten" ins Offenburger Stadtteil- und Familienzentrum Innenstadt eingeladen. Angesprochen fühlte sich auch Fritz Düker. Doch kaum hatte es sich der als Corona-Rebell bekannt gewordene Freie-Bürger-Stadtrat in den Zuhörerreihen bequem gemacht, endete für ihn auch die Veranstaltung. Zwei vom Veranstalter gerufene Polizeibeamte geleiteten ihn nach der Feststellung seiner Personalien aus dem Saal. Eichinger hatte von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht.

Als Begründung las Eichinger einen Satz aus einer Mail Dükers an ihn vor, in der Eichinger unter anderem auch mit dem bekannten Schimpfwort mit dem Anfangsbuchstaben "A" betitelt wurde (siehe Hintergrund). "Ich habe jedenfalls ein anderes Verständnis von Demokratie", konterte Düker seinen Rauschmiss, bevor er in Begleitung der beiden Beamten widerstandslos die Veranstaltung verließ.

Während die Diskussionsteilnehmer Cordelia Schulz von "Pulse of Europe" sowie der FDP-Kreisvorsitzende Johannes Baier die Entfernung des Gemeinderats als befremdlich bezeichneten, verließen auch eine Handvoll Besucher sichtlich verärgert aus Protest die Veranstaltung.

"Ich hätte mir gewünscht, dass heute alle hier teilnehmen können, die es wollen", fasste Schulz ihre Kritik am Vorgehen Eichingers in Worte, bevor dieser nach einem kurzen Applaus als Moderator in die eigentliche Diskussionsrunde zum Thema Demokratie einstieg. Doch der Rauswurf Dükers war nach wie vor beherrschendes Thema. "Demokratie ist für mich, dass man auch mal aushalten muss, wenn einer seine Meinung äußert, die nicht meine ist. Man sollte die Demokratie leben", fasste der Offenburger SPD-Landtagskandidat Richard Groß wohl auch im Hinblick auf das gerade Erlebte zusammen. Demokratie müsse gelebt werden, so Maren Seifert. Es reiche heute nicht mehr aus, nur zur Wahl zu gehen, so die Kreis- und Gemeinderätin und gleichzeitig Landtagskandidatin der Grünen.

Auch ohne den Eklat um Düker wäre es ein holpriger Start für das Demokratieforum geworden. Eigentlich sollte SWR-Nachrichtenredakteur Günther Laubis die Auftaktveranstaltung mit dem Thema: "Kämpfen wir noch für die Demokratie?" als Moderator begleiten, allerdings hatte Laubis aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig abgesagt, genauso wie die ebenfalls als Diskussionsteilnehmerin eingeladene Geschäftsführerin der IG-Metall Offenburg, Katrin Mayer, sowie Jenny Haas von der Initiative "Aufstehen gegen Rassismus".

Demokratie an Schulen

Nach eigener Aussage ist es keine neue Partei, die der Initiator des neu gegründeten "Demokratieforum Ortenau" auf den Weg bringen will, sondern eine Plattform, auf der Bürger, politische Entscheidungsträger und Fachleute miteinander diskutieren um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. "Noch sind wir kein Verein, denn dazu benötigt es ja sieben Gründungsmitglieder. Momentan sind aktiv mit dabei, ich und mein Ehepartner", erläuterte der Offenburger Gastronom und Berater Jörg Eichinger.

Demokratie werde zwar in den Schulen gelehrt, allerdings hätten Schüler nur wenig Möglichkeiten, Demokratie zu leben. "Außer Schülervvertretungen gibt es da wenig. Den Unterricht zum Beispiel zu gestalten, haben Schüler keine Möglichkeiten", bemerkte Schulz. Richard Groß bedauerte darüber hinaus, dass es der SPD-Fraktion im Gemeinderat nicht gelungen sei, einen Jugendgemeinderat in Offenburg zu etablieren.

Laut Johannes Baier beginnt die Demokratie bereits im Kleinen, zum Beispiel auch im Engagement in den Vereinen, "auch hier können Jugendliche sehr schnell und live lernen, was Demokratie bedeutet, bis hin zum Engagement in einem Vorstand oder in der Jugendarbeit". "Viele Menschen sollten raus aus ihrer persönlichen Bubble und auch mit Leuten, die anderer Meinung sind, diskutieren und sich austauschen", fand die ehemalige NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren.

Eine weitere Veranstaltung des Demokratieforums Ortenau ist bereits für den 13. Oktober unter dem Thema "extreme Rechte und Gruppierungen in unserer Gesellschaft", um 18 Uhr und in derselben Veranstaltungsstätte geplant. Aktuelle Infos unter www.demokratieforum-ortenau.de

HINTERGRUND

Ein Eklat mit Vor- und möglicher Nachgeschichte

Über den Rauswurf am Dienstagabend hinaus verbindet den Veranstalter Jörg Eichinger und Stadtrat Fritz Düker eine Vorgeschichte, die in die Zeit der Corona-Pandemie zurückreicht. Eichinger habe "einen üblen Post" über seine Praxis veröffentlicht, so berichtet es der als Corona-Rebell bekannt gewordene Fachzahnarzt Düker. "Danach haben wir uns aber wieder vertragen." Auf das "Demokratieforum Ortenau" aufmerksam geworden, habe er Eichinger angeschrieben mit der Bitte, auf dem Podium mitdiskutieren zu können. "Ich habe ihm geantwortet, dass ich es bedauere, er aber weder als Gast, noch als Besucher eingeladen ist", erklärt Eichinger gegenüber der Mittelbadischen Presse. Düker sagt: "Das war aus meiner Sicht noch keine absolute Absage." Eichinger: Daraufhin habe er "hetzerische und verleumderische E-Mails" von Düker erhalten.

Die Ausladung Dükers begründet Eichinger mit der Befürchtung, dieser könnte versuchen, die Veranstaltung zu kapern. "Düker gehört nicht in die Riege der reinen Demokraten", so der Veranstalter. Vor Ort habe er Düker gebeten, den Saal zu verlassen. "Ich sagte, ich bin ein freier Bürger, und wenn er mich nicht dabei haben möchte, muss er die Polizei rufen", schildert Düker, der sich selbst als "ein Kämpfer für die Demokratie" bezeichnet, das nun Folgende.

Der Stadtrat kündigt an, den Vorgang kommunalpolitisch aufarbeiten zu wollen. "Dass eine Privatperson Räume von der Stadt anmietet und Menschen, deren Meinung ihr nicht passt, von der Polizei des Raumes verweisen lässt, das geht nicht."

